

ANFRAGE von Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), Lisa Letnansky (AL, Zürich) und Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen)

Betreffend Integrationsagenda: Wie weiter?

Die Abstimmung am gestrigen Sonntag ist eine doppelt verpasste Chance für den Kanton Zürich: einerseits im Kampf gegen den Fachkräftemangel, andererseits bei der Integration von Menschen, die langfristig hierbleiben. Das integrationspolitische Ziel von Bund und Kanton, dass geflüchtete und vorläufig aufgenommene Jugendliche und junge Erwachsene sich innert fünf Jahren in einer Ausbildung befinden sollen, bleibt in weiter Ferne. Die Betroffenen müssen weiterhin fünf Jahre warten, bevor sie sich um ein Stipendium für eine Ausbildung bewerben können. Dadurch werden auch keine zusätzlichen Fachkräfte ausgebildet. Und die Gemeinden müssen weiterhin viele der Betroffenen in diesen fünf Jahren finanziell unterstützen, weil sie anders nicht über die Runden kommen.

Seit der Einführung der Integrationsagenda zeigt sich: die Gemeinden, die ein Interesse an Massnahmen für die bei ihnen untergebrachten Menschen ergreifen wollen, tun das. Diejenigen die kein Interesse haben, unternehmen wenig bis gar nichts. Es gibt mit der Integrationsagenda keinen Hebel, die Gemeinden zu verpflichten, die bereitgestellten Massnahmen in Anspruch zu nehmen.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung von folgenden Fragen:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat, das Ziel der Integrationsagenda «Zwei Drittel aller vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlinge im Alter von 16-25 Jahren befinden sich fünf Jahre nach Einreise in einer beruflichen Grundbildung» zu erreichen?
2. Dem Monitoring-Bericht kann entnommen werden, dass 26 Gemeinden im Berichtsjahr gar keine akkreditierten Angebote aus der Integrationsagenda nutzten. Auch zeigt der Bericht, dass 53 Gemeinden die Kostendächer nicht ausnutzen. Was unternimmt der Regierungsrat, nebst dem Monitoring-Bericht, konkret um die Anzahl an in Anspruch genommener Massnahmen im Rahmen der Integrationsagenda zu erhöhen?
3. Was für Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, neben dem Monitoring der Integrationsagenda sanktionierende Massnahmen für Gemeinden zu ergreifen, die zu wenig Leistungen der Integrationsagenda in Anspruch nehmen?

Michèle Dünki-Bättig
Jasmin Pokerschnig
Lisa Letnansky
Marzena Kopp